

**Niederschrift  
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geest und Marsch  
Südholstein (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 05.10.2023

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 21:05 Uhr

**Ort, Raum:** Amtshaus des Amtes Geest und Marsch Südholstein,  
Sitzungssaal, Wedeler Chaussee 21, 25492 Heist

**Anwesend sind:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Adam FWM		Stellvertreter Gemeinde Moorrege	Stellvertretung für Herrn Carsten Niedworok
Herr Bürgermeister Wolfgang Balasus	CDU	2. stellv. Amtsvorsteher/Bürgermeister Gemeinde Moorrege	
Herr Bürgermeister Torsten Butz	AKWG	Bürgermeister Gemeinde Groß Nordende	
Herr Bürgermeister Uwe Hüttner	CDU	1. stellv. Amtsdirektor/Bürgermeister Gemeinde Holm	
Herr Bürgermeister Julian Kabel	CDU	Bürgermeister Gemeinde Heidgraben	
Herr Jürgen Koopmann	CDU	Vertreter Gemeinde Appen	ab 19.06 Uhr
Herr Thomas Körner	CDU	1. stellv. Bürgermeister Gemeinde Haseldorf	
Herr Marco Kuchler	FWH	1. stellv. Amtsvorsteher/1. stellv. Bürgermeister Gemeinde Haselau	
Herr Bürgermeister Daniel Kullig	BfH	2. stellv. Amtsdirektor/Bürgermeister Gemeinde Haseldorf	
Herr Bernd Lottmann		Vertreter Gemeinde Holm	
Fraktion Die Grünen Holm			
Herr Bürgermeister Hans-Peter Lütje	CDU	Amtsvorsteher, Bürgermeister Gemeinde Appen	
Herr Jörg May	CDU	Mitglied Gemeinde Hetlingen	
Herr Michael Möller-Stute	FWH	Vertreter Gemeinde Heist	
Frau Petra Müller	SPD	Vertreterin Gemeinde Appen	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	Bürgermeister Gemeinde Heist	
Frau Bürgermeisterin Anja Pump	CDU	Bürgermeisterin Gemeinde Neuendeich	
Herr Bürgermeister Michael Rahn-Wolff	FW	Bürgermeister Gemeinde Hetlingen	
Herr Klaus-Dieter Redweik	SPD	Vertreter Gemeinde Heist	

Herr Oliver Ringel	CDU	Stellvertreter Gemeinde Holm	Stellvertretung für Herrn Tobias Zeitler
Herr Gebhard Rühlow Herr Martin Stumpe	GuU WGA	Mitglied Gemeinde Heidgraben Stellvertreter Gemeinde Appen	Stellvertretung für Herrn Christian Möhle
Herr Frank Tesch Herr Dietmar Voswinkel Herr Sören Weinberg	SPD SPD CDU	Mitglied Gemeinde Heidgraben Vertreter Gemeinde Holm Vertreter Gemeinde Moorrege	

Gäste

Herr Rainer Adomat Frau Edelgard Heim		Heimatverband Kreis Pinneberg Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländl. R.	
--	--	--	--

Presse

Herr Bastian Fröhlig		Presse	
----------------------	--	--------	--

Protokollführer/-in

Herr Goetze		Büroleitender Beamter	
-------------	--	-----------------------	--

Verwaltung

Herr Feber		Fachbereichsleit er FB5	
Frau Jathe-Klemm		Fachbereichsleit erin FB 4	
Frau Neermann		Gleichstellungsbeauftragte	
Herr Wulff		Amtsleiter	
Frau Noffke Frau Suhrau		Personalrat stv. Fachbereichsleiterin FB3	

**Entschuldigt fehlen:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Peter	Bröker CDU	Bürgermeister Gemeinde Haselau
Herr Hauke Heidecke Herr Florian	FWM Kunde Bünd	Vertreter Gemeinde Moorrege Vertreter Gemeinde Moorrege
nis90/Die Grünen Herr Christian Möhle Herr Carsten Niedworok	WGA FWM	Vertreter Gemeinde Appen 1. stellv. Bürgermeister Gemeinde Moorrege
Herr Alexander Sprick Herr Tobias Zeitler	FDP CDU	Vertreter Gemeinde Appen Vertreter Gemeinde Holm

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 22.09.2023 einberufen. Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 10 und 11 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Neuer Tagesordnungspunkt 7 „Situationsbericht über die Unterbringung von Flüchtlingen“. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

**Tagesordnung:**

1. Digitales Museum der holsteinischen Elbmarschen- Vorstellung des Projektes durch den Heimatverband und Beratung über die Übernahme der Homepagepflege durch das Amt
2. Bericht des Amtsvorstehers
3. Bericht des Amtsdirektors
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
6. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
7. Situationsbericht über die Unterbringung von Flüchtlingen
8. Sachstand Ersatzbebauung Notunterkünfte Münsterweg in Moorrege
9. Verschiedenes
  - 9.1. Dachflächenkataster des Kreises Pinneberg
  - 9.2. Sammelbestellung Glasscheiben Bushaltestellen
  - 9.3. Kommunale Wärmeplanung
  - 9.4. Mediationsverfahren Amtsschule

12. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

**Protokoll:**

**zu 1      Digitales Museum der holsteinischen Elbmarschen- Vorstellung des Projektes durch den Heimatverband und Beratung über die Übernahme der Homepagepflege durch das Amt**

Herr Lütje begrüßt Frau Heim, Leiterin des Elbmarschenhauses, und Herrn Adomat, Vorsitzender des Heimatverbandes Kreis Pinneberg. Frau Heim und Herr Adomat haben um die Möglichkeit der Vorstellung einer neuen Projektidee im Rahmen der heutigen Sitzung gebeten. Herr Adomat beschreibt sodann die Projektidee zur Erstellung eines digitalen Museums der holsteinischen Elbmarschen. Das Land fördert im Rahmen der Digital-Strategie die Digitalisierung von Museen und Sammlungen im Lande. Die Förderquote beträgt bis zu 90%, steht in dieser Höhe vermutlich aber nur noch im kommenden Jahr zur Verfügung. Die Projektidee sieht vor, im Rahmen eines Internetauftritts bedeutsame Inhalte oder Geschichten der vorhandenen Sammlungen zu präsentieren. Hierzu sollen auch kleine Filmsequenzen gedreht werden, in denen die ehrenamtlich wirkenden Menschen zu sehen sein werden. Der Auftritt soll sich vor allem an die Menschen richten, die bislang die Museen und Sammlungen nicht besucht haben. Der Auftritt soll Interesse an der Geschichte der Elbmarschen wecken und im besten Fall zu höheren Besucherzahlen in den Museen und Sammlungen führen. Frau Heim und Herr Adomat haben bereits mit allen in Frage kommenden Betreibern gesprochen und haben durchweg eine positive Rückmeldung erhalten. Neben den Marschgemeinden sollen auch die Geestgemeinden im Amtsbereich berücksichtigt werden. Der Eigenanteil soll durch Spenden und den Heimatverband finanziert werden. Das Projekt soll und muss bis Ende kommenden Jahres abgeschlossen werden. Im Rahmen eines Vorgesprächs haben Frau Heim und Herr Adomat den Amtsdirektor über die Projektidee informiert und um Unterstützung gebeten. Die Unterstützung soll sich auf den laufenden Betrieb der im Rahmen der Förderung erstellten Homepage beziehen. Nach Herstellung der Homepage muss diese auf Servern gehostet und laufend gepflegt werden. Auf Nachfrage teilt Herr Wulff mit, dass er zusätzlichen Personalaufwand für die Pflege der Homepage sieht. Das Hosting auf den Servern des Amtes sei jedoch vermutlich ohne zusätzlichen Aufwand möglich. Herr Wulff schlägt vor, dass die Inhalte der Homepage über einen so genannten „Redakteurzugang“ zukünftig durch den Heimatverband gepflegt werden könnten. Die Homepage würde dann auf den Servern des Amtes gehostet und der Heimatverband erhält einen entsprechenden Zugang. Der Vorschlag wird allseits begrüßt. Sodann entsteht noch eine Diskussion über die Rolle des Kreises Pinneberg im Rahmen der geplanten Digitalisierung der Museen im Kreisgebiet. Es muss ausgeschlossen werden, dass hier „Doppelbearbeitungen“ erfolgen.

Herr Adomat sieht den Kreis noch nicht so weit und wünscht sich unabhängig vom Kreis dieses Projekt in 2024 umzusetzen. Sodann wird vorgeschlagen, nicht nur eine Meinungsbildung abzufragen, sondern über den Vorschlag von Herrn Wulff abzustimmen.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt, die Projektidee zur Erstellung eines digitalen Museums der holsteinischen Elbmarschen dadurch zu unterstützen, dass die im Rahmen der Förderung erstellte Homepage zukünftig auf den Servern des Amtes gehostet wird. Der Heimatverband erhält für die Pflege der Homepage einen Redakteurzugang.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 87 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 2 Bericht des Amtsvorstehers**

**zu 3 Bericht des Amtsdirektors**

Amtsdirektor Wulff berichtet wie folgt:

- Halbjahresbericht

Der Halbjahresbericht wurde dem Hauptausschuss vorgelegt. Der Bericht wurde auf Hinweis von Bürgermeister Kullig durch einzelne redaktionelle Änderungen überarbeitet.

- Kreisumlage

Im 4. Quartal berät der Kreis über den Nachtragshaushalt und die Höhe der Kreisumlage.

Aufgrund von positiven Jahresergebnissen ist die Ergebnisrücklage des Kreises gewachsen. Seitens der Kommunen wird eine Absenkung der Kreisumlage erwartet. In der Arbeitsgruppe der Finanzverantwortlichen wurde empfohlen, dass die Beträge, die das gesetzlich vorgeschriebene Mindesteigenkapital des Kreises überschreiten, durch eine Senkung der Kreisumlage an die Kommunen ausgekehrt werden soll. Der Zeitrahmen, über den die Entlastung erfolgt, wurde mit den Verwaltungsleitungen abgestimmt. Seitens der Verwaltungsleitungen wird eine sofortige Senkung der Kreisumlage favorisiert. Bei einem längeren Zeitrahmen besteht die Befürchtung, dass der Kreistag die Kreisumlage vor Ende der Laufzeit ggf. wieder anpasst.

- Absichtserklärung Klimaschutzkoordination Kreis Pinneberg

Herr Wulff hat eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der er eine mögliche Inanspruchnahme der Klimaschutzkoordination auf Kreisebene in Aussicht gestellt hat. Die Koordination auf Kreisebene wird von der Klimaschutzmanagerin Frau Förthmann ausdrücklich begrüßt.

- Zuschuss für DKMS (Deutsche Knochenmarkspenderdatei)  
Aus den Verfügungsmitteln des Amtsdirektors wurde ein Zuschuss in Höhe von 150 € an die DKMS gewährt.

- Tag der Feuerwehren am 01.12.2023  
Der Landesfeuerwehrverband (LFV) hat darüber informiert, dass er anlässlich des 150-jährigen Jubiläums in diesem Jahr am 1. Dezember einen Tag der Feuerwehren in ganz Schleswig-Holstein plant. Verschiedene Veranstaltungen und Aktionen sind landesweit geplant.

**zu 4      Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

**zu 5      Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Einwendungen vor.

**zu 6      Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

Frau Neermann berichtet umfangreich über ihre Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte des Amtes. Der Wortlaut ihres Berichtes ist der **Protokollanlage 1** zu entnehmen.

Herr Rahn-Wolff führt aus, dass die geschilderten Hilfeleistungen weit über die von ihm angenommen Tätigkeiten einer Gleichstellungsbeauftragten hinausgehen und die Tätigkeit von Frau Neermann bereits einer Sozialberatung gleichkommt. Frau Neermann erklärt, dass der Begriff der Gleichstellung und das Wirken der damit Beauftragten nicht eindeutig und klar geregelt sind. Sie habe diese Aufgabe immer schon so verstanden und ausgelegt, dass sie das Spektrum sehr weit fasst und hilfeschuchenden Menschen in verschiedensten Lebenslagen unterstützt. Darüberhinausgehend gibt es dann die typischen Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten, wie beispielsweise die Mitwirkung bei der Einstellung von neuem Personal. Herr Balasus war bislang davon ausgegangen, dass die Gleichstellungsbeauftragte ausschließlich für das Amtspersonal zuständig ist. Frau Neermann verneint dies und bietet sich als Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger an.

**zu 7      Situationsbericht über die Unterbringung von Flüchtlingen**

Amtsdirektor Wulff berichtet umfangreich gemäß **Protokollanlage 2** über die aktuelle Situation zur Unterbringung der Flüchtlinge im Amtsbereich.

Er ergänzt, dass für die kommende Woche ein Flüchtlingsgipfel des

Landes unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, der Landrätinnen und Landräte sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisfreien Städte terminiert sei. Die Forderung der kommunalen Spitzenverbände bezieht sich nicht nur auf eine deutliche Aufstockung der Kapazitäten in den Landesunterkünften, sondern auch auf einen möglichen 4-wöchigen Zuweisungsstopp. Die Annahmen des Kreises gehen von einer Verdoppelung der bisherigen Zuweisungszahlen auf über 200 Flüchtlinge/Monat aus. Dabei kommen immer weniger ukrainische Flüchtlinge. Im September lag die Gesamtzahl der vom Amt untergebrachten Menschen bei 335, wobei hierfür insgesamt 75 Objekte genutzt werden. Die Entwicklung der letzten Wochen und die Annahmen des Kreises zeigen eine sich deutlich zuspitzende Situation für die Kommunen. Das Amt wird bei gleichbleibenden Zuweisungszahlen bereits Ende Oktober keine dezentralen Unterkünfte mehr zur Verfügung haben. Unabhängig von den fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten fehlt die für eine adäquate Integration erforderliche Infrastruktur in Form von Schul- und Kitaplätzen sowie Sprachkursen in den benachbarten Volkshochschulen in Tornesch, Wedel und Pinneberg. Aktuell gibt es fast täglich Lagebesprechungen in der Amtsverwaltung. Den anderen Verwaltungen im Kreisgebiet geht es ähnlich, auch hier erfolgt in kurzen Zeitabschnitten ein Austausch auf Ebene der Verwaltungsleitungen. Die Verwaltungsleitungen haben Frau Ministerin Toure zu einem erneuten Gespräch eingeladen.

Ergeben sich kurzfristig keine neuen, signifikanten Unterbringungsmöglichkeiten, muss auch die Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen geprüft werden. Natürlich ist dies der letzte Schritt, doch muss auch dieser mit entsprechenden Maßnahmen und Bestellungen vorbereitet werden. Mittelfristig wird zudem die Aufstellung von Containern und/oder Tinyhäuser geprüft. Etwaige Standorte und deren Erschließungssituation prüft das Amt aktuell. Langfristig sollte auch über den Bau von modularen Gemeinschaftseinrichtungen nachgedacht werden. Im Hauptausschuss hatte Herr Wulff bereits ein Beispiel präsentiert, bei dem in einer Bearbeitungszeit von 8-12 Monaten in Modulbauweise Gemeinschaftseinrichtungen für bis zu 50 geflüchtete Menschen entstehen. Baukosten 2 Mio. Euro. Dies sind jedoch nur mittel- und langfristige Maßnahmen. Kurzfristig käme neben der Miete auch der Erwerb von Immobilien in Betracht. Hierbei habe man nicht ein typisches Einfamilienhaus mit entsprechendem Grundriss für eine Familie vor Augen, sondern vielmehr ältere Wohnhäuser die aufgrund des räumlichen Zuschnitts für die Unterbringung von 8-10 Personen geeignet sind. Entsprechende Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen haben gezeigt, dass diese über einen Zeitraum von z.B. 10 Jahren wirtschaftlich finanziert werden können. Der verbleibende Grundstückswert ist hierbei in die Betrachtung einbezogen worden.

Auf Nachfrage teilt Herr Wulff mit, dass er die Zuweisung von Flüchtlingen nicht verweigern könne.

Im Hauptausschuss gab es zudem die Nachfrage, welche Folgen diese Entwicklungen auf den Haushalt des Amtes haben. Herr Neumann hat dies noch einmal geprüft. In der Haushaltsplanung war man davon ausgegangen, dass das Defizit zwischen Erträgen und Aufwendungen bei

363.500 EUR liegen würde. Stand heute liegt das Defizit bei 406.479 EUR, wobei sich neben zusätzlichem Mietaufwand auch eine deutlich höhere Erstattung für den angemieteten Mietraum ergeben hat.

Innerhalb der Verwaltung, konkret im Fachbereich Soziales, wird die Personalsituation zunehmend kritischer. Es sind vermehrt Krankheitsausfälle und Überlastungen zu beklagen.

Herr Wulff wünscht sich am heutigen Tage einen Beschluss, der ihn im Falle ausbleibender Alternativen zu einem Immobilienerwerb ermächtigt.

Eine rege Diskussion schließt sich an. Das Für und Wider eines Immobilienerwerbs wird erörtert. Laut Bgm. Lütje und Bgm. Kabel sollten zunächst alle anderen Optionen geprüft werden, bevor ein Immobilienerwerb in Erwägung gezogen wird. Einem Erwerb würde heute nicht zugestimmt werden. Mehrere Bürgermeister sprechen sich dafür aus, den Immobilienerwerb nicht grundsätzlich auszuschließen, sondern von dem jeweiligen Objekt und der entsprechenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung abhängig zu machen. Herr Kullig regt an, notfalls Sondersitzungen für eine Beratung einzuberufen.

Herr Balasus hofft in Anbetracht der bundesweit zu vernehmenden Stimmung auf kurzfristige Lösungen des Bundes, die dafür sorgen, dass die Zuweisungszahlen deutlich reduziert werden. Er bittet statt dem Immobilienerwerb die Aufstellung von Containern und/oder die Nutzung des alten Amtshauses zu prüfen.

Herr Rahn sieht Bund und Land in der Pflicht, dass dem Amt entstehende finanzielle Defizit zu tragen.

Herr Wulff sieht in der Aufstellung von Containern in Anbetracht der Liefer- und Aufstellzeiten keine kurzfristige Lösung, dennoch würde dies natürlich geprüft werden. Das alte Amtshaus war bislang aus Brandschutzgründen vom Kreis als Einrichtung ausgeschlossen worden. In Anbetracht der aktuellen Situation müsste dies erneut geprüft werden, jedoch steht das alte Amtshaus nach Kenntnisstand von Herrn Wulff nur noch befristet zur Verfügung. Aufwand und Nutzen müssten abgewogen werden (Genehmigungs- und Umbauzeiten). Mit einem kurzfristigen Rückgang der Zuweisungszahlen rechnet Herr Wulff auch in Anbetracht sich neu entwickelnder Krisenregionen nicht. Er würde zudem natürlich vor jedem Immobilienerwerb mit dem Verkäufer über eine mögliche, alternative Anmietung sprechen. Um flexibel arbeiten zu können regt Herr Wulff an, die abschließende Abstimmung zum Erwerb einzelner, konkreter Immobilien in der Bürgermeisterrunde vornehmen zu lassen. Nach einer sich anschließenden Diskussion hierzu wird über diesen Vorschlag abgestimmt.

### **Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt:

Der Amtsdirektor wird ermächtigt, zum Zwecke der Unterbringung von geflüchteten Menschen geeignete Immobilien unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bürgermeisterin und der Bürgermeister zu erwerben.

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 71 Nein: 16 Enthaltung: 0**

**zu 8 Sachstand Ersatzbebauung Notunterkünfte Münsterweg in Moorrege**

Herr Goetze verweist zu dem Thema auf die Ausführungen im vorliegenden Halbjahresbericht.

Im Rahmen der letzten Amtsausschusssitzung wurde berichtet, dass der Bauantrag beim Kreis Pinneberg eingereicht, jedoch Unterlagen nachgefordert worden sind. Die entsprechenden Unterlagen wurden nachgereicht. Außerdem liegen mittlerweile notwendige Gutachten, wie beispielsweise ein Bodengutachten, vor. Im Rahmen einer weiteren Detailabstimmung wurde vom Fördergeber eine Absicherung der Grundstücksrechte gefordert, da nicht

das Amt, sondern die Gemeinde Moorrege Grundstückseigentümerin ist.

Eine Eigentumsübertragung ist nicht beabsichtigt. Um das Recht der Errichtung eines Gebäudes über den Zweckbindungs- bzw.

Abschreibungszeitraum zu sichern, soll deshalb ein Erbbaupachtvertrag zwischen der Gemeinde Moorrege und dem Amt geschlossen werden.

Ein Entwurf wird aktuell vorbereitet und soll den Gremien zur kommenden Sitzungsperiode vorgelegt werden.

Der Baubeginn für die Maßnahme ist für das 1./2. Quartal 2024 anvisiert.

**zu 9 Verschiedenes**

**zu 9.1 Dachflächenkataster des Kreises Pinneberg**

Herr Lütje berichtet von einer Veranstaltung des Kreises zur Präsentation des Solardachflächenkatasters (<https://mein-dach-kann-mehr.de/>). Der Kreis hat im Rahmen eines Projektes alle Dächer im Kreisgebiet auf die grundsätzliche Geeignetheit für die Montage von PV-Anlagen und/oder Gründächern geprüft. Interessanterweise wurde dabei festgestellt, dass bislang nur 1,3% des bestehenden Potentials genutzt wird. Herr Neumann macht darauf aufmerksam, dass diese rudimentäre Betrachtung nicht alle zu klärenden Fragen (z.B. statische Prüfung) berücksichtigt und deshalb nur ein erster Anhaltspunkt für Interessierte sein kann.

**zu 9.2 Sammelbestellung Glasscheiben Bushaltehäuser**

Herr Voswinkel berichtet, dass in der Gemeinde Holm eine große Anzahl Glasscheiben für Buswartehäuser ersatzbeschafft werden muss. Er regt an, eine Sammelbeschaffung auf Amtsebene zu prüfen. So könnten nicht nur doppelte Frachtkosten gespart, sondern möglicherweise aufgrund der größeren Bestellmenge auch bessere Preise erzielt werden. Eine Anlieferung könnte z.B. beim Amtsbauhof erfolgen. Es erfolgt eine Aussprache hierzu. Herr Hüttner teilt mit, dass nicht fest stünde, dass

Glasscheiben nachbestellt werden sollen. In Anbetracht einer großen Anzahl von Vandalismusschäden werden die Wände möglicherweise auch mit anderen Materialien vandalismussicher nachgerüstet. Mehrere Gremienmitglieder hinterfragen zudem Lager- und Logistikmöglichkeiten des Amtsbauhofes, der zudem nur für 3 Gemeinden tätig ist. Es besteht mehrheitlich die Auffassung, keine Sammelbestellung vornehmen zu wollen.

### **zu 9.3 Kommunale Wärmeplanung**

Herr Lottmann hinterfragt bezüglich der kommunalen Wärmeplanung, wie die geplante Koordination auf Amtsebene erfolgen soll. Wird es einzelne Wärmepläne der Gemeinden oder interkommunale Planungen geben? Herr Wulff berichtet, dass nunmehr nach Beschlussfassung aller Kommunen die Förderanträge gestellt werden. Geplant ist laut Herrn Lütje eine Koordination in der Form, dass beispielsweise Ausschreibungen und Beauftragungen gemeinsam erfolgen. Jede Kommune wird aber trotz Zusammenarbeit am Ende einen eigenen, auf die Gemeinde bezogenen Wärmeplan erhalten. Herr Neumann berichtet, dass die Gemeinde Heist auf Empfehlung des Landes keinen Förderantrag beim Bund gestellt, sondern einen Förderantrag im Rahmen der so genannten Quartiersentwicklung bei der IB SH eingereicht hat. Dort habe man nun erfahren, dass keine Fördermittel mehr zur Verfügung stünden. Herr Goetze beschreibt die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten auf Landes- und Bundesebene.

### **zu 9.4 Mediationsverfahren Amtsschule**

Herr Kullig teilt mit, dass der in der Presse verwendete Begriff „Grundschulstreit“ irreführend sei und nicht den aktuellen Sachstand beschreiben würde. Man befinde sich aktuell weiterhin in einem Mediationsverfahren. Der nächste Mediationstermin ist für den 14.11.2023 terminiert.

### **zu 12 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt. Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht zugegen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 20.11.2023

---

Gez. (Hans-Peter Lütje)

---

Gez. (Goetze)  
Protokollführer